

Prävention in allen Lebenswelten

Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht beeinflusst das Gesundheitsbewusstsein und den jeweiligen Lebensstil von Kindern und Jugendlichen. Künftig ginge es darum, sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit zu vermindern. Darauf verwiesen die Referentinnen und Referenten auf dem Fachtag der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e. V. (LZG) zur Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen, der Anfang November in München stattfand.

Ministerialrat Professor Dr. Wolfgang Caselmann, Leiter des Referats Medizinische Fachangelegenheiten, Gesundheitsförderung und Prävention im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP), sprach über die Umsetzung des im Juni verabschiedeten Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (PrävG). Mit dem PrävG solle eine Verbesserung der Prävention in Lebenswelten wie Kindergarten, Schule und Familie umgesetzt und gesundheitsförderliche Strukturen gefördert werden. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sei verpflichtet worden, Präventionsmaßnahmen in den jeweiligen Lebenswelten umzusetzen. Caselmann stellte die Neuregelungen der nationalen Präventionsstrategie vor. So sei der Höchstzuschuss für ambulante Vorsorgeleistungen vergrößert worden, künftig gebe es Präventionsempfehlungen für Kinder und Jugendliche und eine Fortentwicklung der Früherkennung. In Sachen Pflege würden Präventionsleistungen in stationären Pflegeeinrichtungen finanziell bezuschusst. Auch solle im Impfausweis ein Terminvorschlag für eine Auffrischungsimpfung vermerkt werden. Mit Blick auf das neue Jahr kündigte Caselmann an, die nationale Präventionsstrategie genauer ausgestalten zu wollen. Handlungsfelder, Zuständigkeiten und die Mitwirkung weiterer Organisationen würden definiert.

Professor Dr. Manfred Wildner, Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), stellte den Gesundheitsbericht Bayern vor. „Jedes siebte Kind in Bayern ist armutsgefährdet“, sagte er. Besonders Kinder von Alleinerziehenden und mit Migrationshintergrund seien von Armut betroffen. Positiv zu vermelden sei eine geringe Säuglingssterblichkeit sowie eine um 50 Prozent geringere Kindersterblichkeit als noch im Jahr 1998. Auch beim Punkt Vorsorgeuntersuchungen gebe es Positives zu vermelden. Mit 95 Prozent sei die Zahl der teilnehmenden Kinder an Vorsorgeuntersuchungen



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hörten zahlreiche Vorträge zur Prävention und Gesundheitsförderung.

hoch, von den Kindern mit Migrationshintergrund nahmen nur 70 Prozent die Vorsorgeuntersuchungen wahr. Die sogenannte J1-Untersuchung, die für Kinder zwischen zwölf und 15 vorgesehen ist, werde kaum wahrgenommen. Auffällig sei auch die Zahl der Kinder, die an einer Allergie leiden. Mit rund 300.000 Betroffenen bei 1,7 Millionen Kindern in Bayern leide jedes fünfte Kind an einer Allergie. Beim Thema Impfen weise Bayern eine hohe Durchimpfungsrate auf. Lediglich die Masernimpfungsrate sei verbesserungswürdig. Während 95 Prozent der Kinder eine Erstimpfung haben, gingen jedoch nur rund 90 Prozent der Eltern mit ihren Kindern zur Zweitimpfung, was problematisch sei, so Wildner. Weiter machte er auf regionale Unterschiede hinsichtlich der Verordnung von Antibiotika aufmerksam. Denkbar sei eine Korrelation mit der Facharztdichte: je mehr Pädiater eine Region vorweise, umso weniger Antibiotika würden verordnet, weil hier differenziertere Diagnosen durchgeführt würden. Bezüglich des Konsums von Nikotin oder Alkohol seien die Zahlen rückläufig. Sorge bereiten jedoch der Umgang mit der sogenannten E-Zigaretten oder synthetischen Drogen sowie neue nicht-stoffgebundene Süchte, wie zum Beispiel die Nutzung elektronischer Medien.

Dr. Hanna Permien, ehemals Deutsches Jugendinstitut München, präsentierte den 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der jede Legislaturperiode neu aufgelegt wird. Sie stellte die Auszüge „mehr Chan-

cen für gesundes Aufwachsen“ vor und fasste die Empfehlungen für gesundheitsbezogene Prävention bei Kindern und Jugendlichen zusammen. Sie verwies darauf, wie vielfältig die Ursachen für Krankheiten, Störungen und Beeinträchtigungen seien und dass man jeweils die Zusammenhänge berücksichtigen müsse. So könnten beispielsweise Adipositas, erhöhter Medienkonsum und psychische Erkrankungen miteinander zusammenhängen. Wichtig sei, die Lebensouveränität der Kinder und Jugendlichen zu stärken, also sie zu befähigen, ihre Ressourcen hinsichtlich Bildung und Gesundheit zu nutzen und mit Risiken bewusst umzugehen. Im Umgang mit Menschen mit Behinderung forderte Permien einen Paradigmenwechsel. „Hier müssen wir wegkommen von der bloßen Fürsorge für Behinderte, sondern ihnen mehr Selbstbestimmung ermöglichen“, appellierte sie. Auch rief sie zu mehr Kooperation in der Gesundheitsberichterstattung auf und sprach sich für ein bundesweites Monitoring aus. Für notwendig hält sie auch die Einrichtung eines deutschlandweiten Registers, in dem Daten zur Kindesmisshandlung erfasst werden.

Nach den Impulsvorträgen hatten die 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, sich interaktiv in die Diskussion einzubringen. Am Nachmittag wurden einzelne Projekte zur Prävention und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen vorgestellt.

Sophia Pelzer (BLÄK)